

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Klaus Wanger

Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2007

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2007 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2007 an insgesamt 22 Sitzungstagen während rund 210 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. Nach der Eröffnungssitzung vom 15. Februar trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils 2 oder 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung fand vom 14. bis 16. März 2007 statt, die letzte Arbeitssitzung vom 12. bis 13. Dezember 2007. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitssitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9.5 Stunden.

Im Jahr 2007 wurden 178 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt und somit 13 Beschlüsse weniger als im Vorjahr (191). Der Landtag beriet 45 Gesetzesvorlagen in 1. Lesung und 40 Gesetzesvorlagen wurden im Anschluss an die 2. Lesung im Rahmen der Schlussabstimmung verabschiedet. Zudem behandelte der Landtag 27 Finanzvorlagen und 21 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 13 Berichte (z.B. Hochbautenbericht oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen.

Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 15-mal mit ausserpolitischen Vorlagen zu befassen, 23-mal debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten entweder zur Genehmigung oder zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Während dem Berichtsjahr stimmte der Landtag 6 Einbürgerungsgesuchen zu (Vorjahr 9). Allesamt wurden in der Septembersitzung behandelt. Dabei handelte es sich um eine in Schaan wohnhafte Person aus Bosnien-Herzegowina, die weiteren Personen stammten aus Tibet und hatten ihren Wohnsitz in Balzers.

Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr 29 parlamentarische Eingänge, davon 10 Initiativen,

8 Motionen, 5 Postulate und 6 Interpellationen, ein. Die Initiativen zielten auf die Änderung diverser Gesetzes ab, wie beispielsweise die Initiative betreffend die Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, des Strafgesetzbuches und der Exekutionsordnung zur Einführung eines Schutzes vor «Stalking». Die Motionen betrafen die Abänderung des Motorfahrzeuggesetzes, den Ausgleich der Folgen der kalten Progression im Steuergesetz, das Bürgerrechtsgesetz, die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, die Revision der Strafbestimmungen bei einem Schwangerschaftsabbruch, die Umwandlung des Kinderfreibetrages in einen Abzug von der Steuerschuld und einen Finanzbeschluss zur Realisierung des zweiten Unterländer Schulzentrums (SZU II). Die Postulate befassten sich mit den Themen Besserstellung der ambulanten Pflege und Betreuung, Einführung einer Maximalzahl statt einer Mindestzahl an Garagen- und Abstellplätzen für Motorfahrzeuge, Gesundheitsstandort Liechtenstein, Revitalisierungsmassnahmen von Binnengewässern in Liechtenstein und Einführung eines Kindermodells. Die Interpellationen bezogen sich auf die Themen Einkommen, Existenzminimum und Armut, häusliche Gewalt gegen Frauen, nachhaltige und zukunftsfähige liechtensteinische Wirtschaftspolitik, Zukunft des Liechtensteinischen Landesspitals, Mietrecht und die aktuelle Situation der Mieterinnen und Mieter sowie Landwirtschaft und Naturschutz.

Der Landtag nahm ausserdem 4 Postulats- und 4 Interpellationsbeantwortungen der Regierung zur Kenntnis. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen erfolgte gemäss Geschäftsordnung in schriftlicher Form.

Dem Landtag wurde an der Sitzung vom 17. September 2007 eine Petition betreffend die Regelungen für gleichgeschlechtliche Paare von Amnesty International Liechtenstein übergeben. Diese wurde als Tagesordnungspunkt an der Landtagssitzung im Oktober 2007 in Behandlung gezogen. Zudem behandelte der Landtag in seiner April-Sitzung einen selbständigen Antrag für eine Tibet-Resolution.

Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten insgesamt 163 kleine Anfragen an die Regierung. Dies waren 57 weniger als im Vorjahr (220). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 2. bzw. 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet.

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2007 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Das Sitzungsjahr 2007 begann mit der Eröffnung am 15. Februar 2007 und endete mit der formellen Schliessung am 14. Dezember 2007.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Klaus Wanger mit den Abgeordneten Doris Beck, Pepo Frick, Rudolf Lampert und Heinz Vogt trat der Landesausschuss bis zur Wiedereröffnung am 15. Februar 2007 zu einer Sitzung zusammen (13. Februar 2007).

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte in 8 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Klaus Wanger (Vorsitz) und die Abgeordneten Marlies Amann, Alois Beck, Harry Quaderer und Paul Vogt als Mitglieder an.

Neben der Vorberatung ausserpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt.

Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur ausserpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Als Hauptberatungsthemen des Berichtsjahres waren insbesondere zu vermerken: Stand der Verhandlungen mit der EU betreffend Schengen-/Dublinabkommen; Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten der südafrikanischen Zollunion; Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation; Beitritt Liechtensteins zum internationalen Übereinkommen für die Schaffung eines internationalen Seuchenamtes in Paris; Übereinkommen über die Beteiligung von Bulgarien und Rumänien am EWR vom 25. Juli 2007; Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Abkommen); Beschluss des EWR-Ausschusses über die Anerkennung von Berufsqualifikationen; Rechtsanpassungen der EFTA-Konvention (Vaduzer Konvention).

Am 5. Juli 2007 traf sich die APK im Rahmen der britisch-liechtensteinischen Parlamentarier-Freundschaftsgruppe zu einem allgemeinen Meinungsaustausch mit Vertretern des britischen Parlamentes in Vaduz.

Des Weiteren vertraten Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagssekretär Josef Hilti Liechtenstein vom 29. November 2007 bis 1. Dezember 2007 an der zweiten Par-

lamentspräsidentenkonferenz europäischer Kleinstaaten in San Marino. Die Themen dieser Konferenz betrafen das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht innerhalb der jeweiligen Staaten im Sinne von Rechtsvergleichen, die Rolle der Kleinstaaten im europäischen Integrationsprozess und die Situation von Kleinstaaten gegenüber internationalen Organisationen. Liechtenstein wird als Gastgeberland der nächsten Konferenz der Parlamentspräsidenten europäischer Kleinstaaten im Jahre 2008 fungieren.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2007 von den Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Pepo Frick, Elmar Kindle, Ivo Klein und Günther Kranz gebildet. In 16 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen diskutiert.

Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden.

Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2008 bis 2010 an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» bei den ÖBB; Verkauf der Liegenschaften Postgebäude Balzers und Post Schellenberg an die jeweiligen Gemeinden; Subventionierung des Pflegeheimes und Sozialzentrums «Haus St. Martin» in Eschen; Rechnungslegungsvorschriften AHV; Genehmigung Verpflichtungskredit an die Anstalt «Liechtensteiner Rundfunk» für die Jahre 2008 bis 2010; Gewährung Investitionskostenbeitrag an die Liechtensteinische Gasversorgung zur Realisierung von Treibhausgasmindernden Massnahmen; Quellenpublikation und Förderung von Forschungsprojekten zum Thema «Liechtenstein – 2. Weltkrieg»; Verpflichtungskredit für die Beteiligung an Agrarmarketingmassnahmen; Subventionierung der Errichtung des Pflegewohnheimes der Gemeinde Triesenberg; Verpflichtungskredit für die Durchführung der 14. Europäischen Kleinstaaten Spiele 2011 in Liechtenstein; Energieeffizienzgesetz; Lehrerbesoldungsreform; Ausgleich der Folgen der kalten Progression im Steuergesetz.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die

gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt.

Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 7 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Heinz Vogt (Vorsitz), Doris Frommelt, Rudolf Lampert, Andrea Matt und Gebhard Negele an.

Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie IT- und Security-Reviews wurden im Berichtsjahr 2007 unter anderem nachstehende Traktandenpunkte behandelt: Informatik Revisionsprogramm; Vorschlag zur Revision des Gesetzes über die Finanzkontrolle; Prüfung der Verwendung des Verpflichtungskredits «200 Jahre Souveränität»; Pensionsversicherung für das Staatspersonal – Versicherungsmathematische Bilanz per 2007, etc.

Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission der Hochschule für Technik (NTB) in Buchs sowie dem Schulamt einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils sehr interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem beinhalten diese Besuche die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Das Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Ivo Klein gehörten die Fraktionssprecher Doris Beck (VU), Markus Büchel (FBP) und Andrea Matt (FL) sowie der Landtagssekretär mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an.

Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnung der Landtagssitzungen.

Weitere Geschäfte waren unter anderen die Festsetzung des Landtagsbudgets 2008, die Beratung möglicher Massnahmen zur Verbesserung der Landtagsarbeit sowie weitere im Zusammenhang mit der allgemeinen Organisation des Landtags stehende Aufgaben.

Am 30. April 2007 stattete das Präsidium des Zürcher Kantonsrates dem Landtagsbüro einen Besuch in Vaduz ab. Bei diesem Treffen wurden vorab die Themen «Erfahrungen Liechtensteins mit dem EWR, Bildung und Gesundheit» diskutiert.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag auch besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei einzelne Gesetze oder auch andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick da-

rauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Arthur Brunhart (Vorsitz), Andrea Matt und Renate Wohlwend überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. 2007 wurden 416 Rechtsakte (total seit Abkommen 5110) und 170 EWR-Beschlüsse (total seit Abkommen 1915) übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit bzw. EFTA Jahresberichte/EFTA-Sekretariat).

Baukommission Landtagsgebäude

Im Berichtsjahr 2007 formierte sich die Baukommission in der gleichen Besetzung wie im Vorjahr. Landtagspräsident Klaus Wanger sowie die Abgeordneten Jürgen Beck, Rudolf Lampert, Harry Quaderer und Paul Vogt vertraten in einer Sitzung die Interessen des Landtags bei der Erstellung des neuen Landtagsgebäudes. Die Berichte der Projektleitung über den Stand der Projektierungsarbeiten wurden dabei ausführlich diskutiert und das weitere Vorgehen besprochen und festgelegt.

Besondere Landtagskommission betreffend den StGH-Entscheid in Sachen Radio Liechtenstein

Anlässlich seiner Sitzung vom 26. Oktober 2006 hatte der Landtag gemäss Art. 55 der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61, eine besondere Landtagskommission zur Umsetzung des im StGH-Entscheid in Sachen «Radio Liechtenstein» geforderten Verfahrens zur Abberufung des Verwaltungsratspräsidenten und eines Verwaltungsratsmitgliedes eingesetzt. Der Kommission gehörten die Abgeordnete Doris Beck als Vorsitzende und die Abgeordneten Heinz Vogt und Paul Vogt als weitere Mitglieder an. Die Kommission tagte im Berichtsjahr 2007 in 6 Sitzungen und schloss ihre Arbeiten mit Erstellung des Schlussberichts zuhanden des Landtags ab. Der Landtag befasste sich mit dem Bericht der Kommission in der April-Sitzung 2007.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden.

Parlamentarische Versammlung des Europarates

Die Abgeordneten Renate Wohlwend (Delegationsleiterin), Gebhard Negele, Doris Frommelt und Rony Bargetze (stellvertretender Abgeordneter) vertraten Liechtenstein

im Jahre 2007 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg.

Im Berichtsjahr fanden insgesamt 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt, an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (Wirtschaft, Soziales, Kultur etc.) in Strassburg oder an verschiedensten Orten im Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten nahmen vereinzelt auch an diesen Sitzungen teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee

Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Franz J. Heeb (Delegationsleiter), Henrik Caduff und den stellvertretenden Abgeordneten Adrian Gstöhl und Roland Büchel zusammen. Ab 24. Oktober 2007 übernahm Renate Wohlwend die Delegationsleitung anstelle von Franz J. Heeb, welcher aus beruflichen Gründen aus der Delegation ausschied. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz vertreten. Die liechtensteinische Delegation bestand in der Regel aus den beiden Abgeordneten Franz J. Heeb (bzw. Renate Wohlwend) und Henrik Caduff, einzig beim Ministertreffen in Vaduz war Liechtenstein mit vier Abgeordneten vertreten.

Die Delegation vertrat Liechtenstein am 6. und 7. Februar 2007 bei der Sitzung der Parlamentarier der EFTA Staaten und Kanadas in Ottawa, wo über den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Kanada verhandelt wurde.

Am 9. März 2007 nahm die Delegation am Meeting in Brüssel teil. Thematisiert wurde die politische Autonomie der Färöer Inseln, die Beziehungen von Russland und der Ukraine zur EFTA und zur EU, die Entwicklungen in der europäischen Energiepolitik und Indiens Wirtschaftsbeziehungen zur EFTA und zur EU.

Am 27. und 28. Juni 2007 fand das Ministertreffen in Vaduz statt, an dem die Liechtensteinische Delegation vollständig vertreten war. Die Hauptthemen waren dabei wie folgt: Finanzmechanismus infolge des Beitritts von Bulgarien und Rumänien; Steuerharmonisierung; künftige EU-Meerespolitik; Auswirkungen der Globalisierung auf den europäischen Arbeitsmarkt und die damit verbundene Einwanderungspolitik.

Am 8. und 9. Oktober 2007 nahm die Delegation an der Sitzung in Brüssel teil. Haupttraktanden waren die folgenden: der EU-Reformvertrag; die EU-Beitrittskandidatenstaaten Türkei, Mazedonien und Kroatien; die Treibhausgasemission; das neue Futtermittelrecht; das neue europäische Chemikalienrecht; der freie Warenverkehr im Binnenmarkt.

Vom 14. bis zum 15. November 2007 nahm die Delegation an der Sitzung in Strassburg teil. Abgehandelt wurden

dabei die folgenden Hauptthemengebiete: der Energie- und Klimawandel – Implikationen für den EWR; die Zukunftsperspektiven des EWR in Bezug auf die grenzüberschreitende Gesundheitspolitik und das Schengen Abkommen.

Am 3. Dezember 2007 nahm die Delegation (erstmalig mit der neuen Delegationsleiterin Renate Wohlwend) am jährlichen Ministertreffen in Genf teil. Die Haupttraktandenpunkte waren dabei wie folgt: das Freihandelsabkommen der EFTA mit Indien; das Freihandelsabkommen der EFTA mit Indonesien, Malaysia und den Golfkooperationsstaaten; die Möglichkeit eines Freihandelsabkommens der EFTA mit Russland.

Die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahre 2007 setzte sich aus den Abgeordneten Doris Beck (Delegationsleiterin), Marlies Amann (Stv.), Josy Biedermann und Doris Frommelt (Stv.) zusammen.

Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist.

Nach der alljährlich stattfindenden Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien vom 22. bis 23. Februar 2007 (inklusive Sonderdebatte über das Thema «Energiesicherheit im OSZE-Raum»), bei der die liechtensteinische Delegation vertreten war, fand die 16. Jahresversammlung der OSZE vom 5. bis 9. Juli 2007 in Kiew statt. Aufgrund von Krankheitsfällen war die liechtensteinische Delegation an der Tagung in Kiew nicht vertreten. Hauptthemen dieser Sitzung waren die Durchsetzung von OSZE-Verpflichtungen, die Bereinigung von so genannten «frozen conflicts», der Energiechartavertrag und die Umsetzung des Kyoto-Protokolls, das verstärkte Handeln in Sachen Migration und gegen den Menschenhandel, Massnahmen zur Vorsorge für Frauen, Frieden und Sicherheit, die umweltpolitische Sicherheit sowie Menschenrechte und Intoleranz.

Die jährlich stattfindende Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, an der die Abgeordnete Josy Biedermann teilnahm, fand vom 29. September bis 1. Oktober 2007 in Slowenien statt. An dieser Sitzung wurde insbesondere das Thema «Sicherheit durch Zusammenarbeit in Südosteuropa: Die Rolle der Parlamentarier» behandelt. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung insbesondere auch die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), der Abgeordnete Rudolf Lampert sowie die

stellvertretenden Abgeordneten Roland Büchel und Claudia Heeb-Fleck an.

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst einigen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 29. April bis zum 4. Mai 2007 in Nusa Dusa, Indonesien, die zweite vom 7. bis 10. Oktober in Genf. Die liechtensteinische Delegation nahm aus Zeit- und Kostengründen an der Konferenz in Nusa Dusa, Indonesien nicht teil.

An der 116. IPU-Konferenz in Nusa Dua, Indonesien wurde vorab das Thema globale Erwärmung 10 Jahre nach Kyoto und infolge dessen unter anderem die starke Klimaabhängigkeit der Wirtschaft diskutiert. Als weiteres Thema wurde die friedliche Koexistenz aller Religionen und Glaubensrichtungen thematisiert und ein weiteres Thema setzte sich mit den Folgen der Globalisierung hinsichtlich Marktöffnung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsmigration auseinander.

An der 117. IPU-Konferenz in Genf war Liechtenstein durch die Mitglieder Klaus Wanger (Delegationsleiter), Rudolf Lampert und Roland Büchel vertreten. Die Haupttraktanden der Konferenz waren insbesondere: die politische Lage in Myanmar (Burma); die Förderung und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ungeachtet latenter Terrorismusgefahr; die Situation von Migrationarbeitern, Menschenhandel, die Ausländerfeindlichkeit sowie die Situationen in den Staaten Irak und Osttimor.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für die Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), Landtagsvizepräsident Ivo Klein und die Abgeordnete Andrea Matt den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium.

Die 27. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee fand am 23. März 2007 im «alten» Rathaus zu Lindau statt. Die Sitzung beinhaltete die folgenden Hauptpunkte: Kurzbericht über die Aktivitäten der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK); Weiterentwicklung des Leitbilds der IBK und Kurzbericht zum Stand der Arbeiten; Überarbeitung der Verfahrensregeln der Parlamentarier-Kommission Bodensee; Arbeiten über die Grenzen: Chancen und Hemmnisse für die Wirtschaft nach dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz.

Die 28. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee wurde am 26. Oktober 2007 in Wasserburg am

Bodensee durchgeführt. Die Schwerpunkte der Sitzung waren die Folgenden: Arbeiten über die Grenzen: Chancen und Hemmnisse für die Wirtschaft nach dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz; Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK; Weiterentwicklung des Leitbilds der IBK und Kurzbericht zum Stand der Arbeiten; Kurzbericht über die Arbeit des Bodenseerates. Zudem wurde der Vorsitz für die beiden nächsten Jahre bestimmt (2008 Schaffhausen, 2009 Thurgau).

Landtagssekretariat

Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär, dem Stellvertreter, bzw. der Stellvertreterin, zwei Vollzeitangestellten und vier Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Aufgabenbereich des Sekretariats, ist in der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61 umschrieben. Er sieht insbesondere die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse vor. Zudem ist das Landtagssekretariat die offizielle Ansprechstelle des Landtags gegenüber anderen Parlamenten und internationalen Organisationen.

Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten sehr stark angewachsen.

Das Landtagssekretariat verfügt zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 5.50 Stellen. Zudem arbeiten zwei Mitarbeiterinnen auf Stundenbasis. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2007

Eröffnungssitzung vom 15. Februar 2007

- Thronrede S.D. Erbprinzip Alois von und zu Liechtenstein
- S.D. Erbprinzip Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession persönlich und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten Abg. Klaus Wanger
- Wahl des Landtagspräsidenten
Abg. Klaus Wanger, Schaan
- Wahl des Landtagsvizepräsidenten
Abg. Ivo Klein, Mauren
- Wahl der Schriftführer
Abg. Wendelin Lampert, Triesenberg
Abg. Heinz Vogt, Triesen
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission

- Landtagspräsident Klaus Wanger, Schaan, Vorsitz
- Abg. Marlies Amann-Marxer, Eschen
- Abg. Alois Beck, Schaan
- Abg. Harry Quaderer, Schaan
- Abg. Paul Vogt, Balzers
- Wahl der Finanzkommission
- Abg. Johannes Kaiser, Schellenberg, Vorsitz
- Abg. Pepo Frick, Schaan
- Abg. Elmar Kindle, Triesen
- Landtagsvizepräsident Ivo Klein, Mauren
- Abg. Günther Kranz, Eschen
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
- Abg. Heinz Vogt, Triesen, Vorsitz
- Abg. Doris Frommelt, Schaan
- Abg. Rudolf Lampert, Mauren
- Abg. Andrea Matt, Mauren
- Abg. Gebhard Negele, Triesen

Öffentliche Landtagssitzung vom 14./15./16. März 2007

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 14./15./16. März 2007
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. November 2006
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 13./14. Dezember 2006
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 15. Februar 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
- Initiative betreffend Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, des Strafgesetzbuches und der Exekutionsordnung zur Einführung eines Schutzes vor «Stalking»
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Initiative betreffend Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen der Abgeordneten Markus Büchel, Elmar Kindle, Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Peter Lampert, Franz Heeb, Alois Beck, Rudolf Lampert und Johannes Kaiser vom 9. November 2006; 2. Lesung
Die Initiative wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Überprüfung der Initiative zur Abänderung von § 773A ABGB vom 2. Oktober 2006 sowie Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Nr. 5/2007)
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Schulnoten und Schülerbeurteilung (Nr.12/2007)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
 - Gemeindewahlen
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
 - Umleitung Schaan / Vaduz
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - Einkommensrückgang bei Biobauern
- Zwischenbilanz Regierungsprogramm
 - Medienarbeit in Regierungsressorts
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
 - Autonummern und Datenschutz
 - Hundekot und Kontrollen
- Anfragen der Abg. Josy Biedermann:
 - Gerichtsgebäude
 - Landschaftsschutzgebiet
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - Entwicklung der Krebsfälle in Liechtenstein
 - Kriterien zur Bestimmung des Mindesteinkommens
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Verkehr und Familienförderung
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Indirekte Geldleistungen an Familien
 - Verkehr
 - Kommissionen und Arbeitsgruppen
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
 - Jugendarbeitslosigkeit
- Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs
 - Flugreisen
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Integration von Behinderten in den Arbeitsprozess
 - Wirtschaftskonzept
 - Bio-Landbau
- Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
 - Pensionskasse der Ferdinand-Frick-AG
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - LBA-Fahrplan
- Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Jugendgewalt
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Konsolidierungsvertrag LKW/LTN
- Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
 - Arbeitslosenstatistik
 - Pensionsfondsgesetz
- Postulatsbeantwortung betreffend die Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit vom 23. Mai 2006 (Nr. 15/2007)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat wird abgeschrieben.
- Wahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Post AG
Zum Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Post AG für die Mandatsperiode 2007 bis 2011 wird bestellt:
Präsident: Dr. Bruno Güntensperger, Fürst-Franz-Josef-Strasse 42, 9494 Schaan
Mitglied: Gerald Marxer, Speckemahd 40, 9493 Mauren
Mitglied: Johannes Matt, Egertaweg 152, 9491 Ruggell
- Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2008 bis 2010 an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» bei den ÖBB (Nr. 6/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VIII/2006), (Nr.14/2007)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen

- werden bewilligt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (I/2007), (Nr.18/2007)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt.
- Verkauf der Liegenschaften Postgebäude Balzers an die Gemeinde Balzers und der Post Schellenberg sowie der Parzelle 73/V an die Gemeinde Schellenberg (Nr. 17/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Ausrichtung einer Subvention und eines Staatsbeitrages an die Errichtung des Pflegeheimes und Sozialzentrums «Haus St. Martin» in Eschen (Nr. 19/2007)
Der Ausrichtung einer Subvention und eines Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Jahresbericht 2006 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Schulgesetzes, des Gesetzes über die Schulzahnpflege und des Lehrerdienstgesetzes (Nr. 108/2006); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 131/2006); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Schaffung eines Massnahmenpakets zur Erhaltung und Stärkung der Sozialpartnerschaft in Liechtenstein (Nr. 102/2006); 2. Lesung
Die Schaffung eines Massnahmenpakets wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die strategische Umweltprüfung (SUPG), (Nr. 132/2006); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal (Nr. 1/2007)
Dem Fakultativprotokoll wird zugestimmt.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten der südafrikanischen Zollunion (SACU), (Nr. 3/2007)
Dem Freihandelsabkommen wird zugestimmt.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 30. Juni 2006), LGBl. 2006 Nr. 289 [Schreiben der Regierung vom 14.02.2007, RA 2007/465-0102]
Die bereinigten Anlagen werden zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und des Rechtshilfegesetzes (Nr. 2/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Arbeitsvertragsrecht), (Nr.4/2007); 1. Lesung

- Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes betreffend den Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Energieausweisgesetz, EnAG), (Nr. 7/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über das Dienstverhältnis des Staatspersonals (Staatspersonalgesetz; StPG), (Nr. 8/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Agentur für internationale Bildungsangelegenheiten (AiBAG), (Nr. 9/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Rechtsanwälte, des Gesetzes über die Treuhänder, des Gesetzes über die Patentanwälte sowie des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (Nr. 10/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes betreffend die internationale humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE-Gesetz, IHZEG), (Nr. 11/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Umzug der stv. Abgeordneten Ursula D. Oehry vom Wahlkreis Unterland in den Wahlkreis Oberland (Rechtsgutachten von Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler, Innsbruck, vom 20. Oktober 2006)
Das Rechtsgutachten wird diskutiert.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 25./26./27. April 2007

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26./27. April 2007
- Initiative zur Abänderung des § 773a ABGB der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 27. März 2007 (revidierte Version)
Die Initiative wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Initiative: Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten (Volksrechtegesetz, VRG) der Abgeordneten Markus Büchel, Alois Beck, Elmar Kindle, Johannes Kaiser, Renate Wohlwend, Josy Biedermann, Peter Lampert, Klaus Wanger und Doris Frommelt vom 2. April 2007
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten.
- Motion zur Revision der Strafbestimmungen bei einem Schwangerschaftsabbruch der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 14. März 2007
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - Kindertagesstätten und Tagesstrukturen
 - Bild- und Textband «Liechtenstein 1988-2008»
 - Medienarbeit der Regierung
- Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
 - Abrechnungsverfahren mit den Krankenkassen
 - liechtensteinische Integrationspolitik

- Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- Anfrage der Abg. Doris Beck:
 - Telefonie
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
 - Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern
 - Fürstlich Liechtensteinische Eisenbahnromantik-Stiftung
- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
 - telefonische Erreichbarkeit Liechtensteins
- Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
 - Integration
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - LKW-Parkplätze in Schaanwald
 - Ambrosia-Pflanzen
 - Gartenbaubetrieb in der Landwirtschaftszone
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Spitalwesen
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - Kunstdünger zur Pistenpräparierung
 - Pensionskasse der Firma Herbert Ospelt AG
 - «Rentenmissbrauch»
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
 - Baugesetz
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Kontrollen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Publikation der Kosten pro Versicherten in Liechtenstein in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
 - Präsentation der Studie betreffend die Wertschöpfung und Beschäftigung in der liechtensteinischen Gesundheitswirtschaft
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - EU-Zinsertragssteuer
 - Swift-Affäre
 - unabhängige Finanzkontrolle
 - Jugend und Alkohol
- Anfrage der stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
 - Medienförderung
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
 - Islamischer Religionsunterricht
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Projekt Jump
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Fortschritte in der Bildungsreform
- Motion betreffend die Abänderung des Motorfahrzeugsteuergesetzes der Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt vom 2. April 2007
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Selbstständiger Antrag für eine Tibet-Resolution der Abgeordneten Josy Biedermann, Harry Quaderer und Andrea Matt vom 2. April 2007
Der Verabschiedung wird zugestimmt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Fachstelle Zukunftsbüro (Nr. 26/2007)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend ambulante Seniorenarbeit (Nr. 29/2007)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Nachwahl eines Verwaltungsrats-Mitgliedes von Radio Liechtenstein (infolge Ausscheidens von Stefanie von Grüningen)
Als neues Mitglied in den Verwaltungsrat von Radio Liechtenstein wird bestellt:
Robert Büchel-Thalmaier, Klenn 26, 9488 Schellenberg.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IX/2006), (Nr. 36/2007)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss wird für dringlich erklärt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (II/2007), (Nr. 37/2007)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss über die Bewilligung von Kreditüberschreitungen wird für dringlich erklärt.
- Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die Session 2006
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2006 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für das Jahr 2006
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2006 der Delegation für die Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Gesetz über den Schutz der Bevölkerung (Totalrevision des Gesetzes vom 25. März 1992 über den Katastrophenschutz), (Nr. 129/2006); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Arbeitsvertragsrecht), (Nr. 4/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet
- Schaffung eines Gesetzes über die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBAG), (Nr. 9/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet. Der Schaffung von 0,4 Stellen wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Rechtsanwälte, des Gesetzes über die Treuhänder, des Gesetzes über die Patentanwälte sowie des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (Nr. 10/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Schaffung eines Gesetzes betreffend die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE-Gesetz, IHZEG), (Nr. 11/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 160/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates [Abschlussprüfer-Richtlinie]), (Nr. 20/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 152/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2006/70/EG der Kommission vom 1. August 2006 mit Durchführungsbestimmungen für die Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Begriffsbestimmung von «politisch exponierte Personen» und der Festlegung der technischen Kriterien für vereinfachte Sorgfaltspflichten sowie für die Befreiung in Fällen, in denen nur gelegentlich oder in sehr eingeschränktem Umfang Finanzgeschäfte getätigt werden), (Nr. 21/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrnehmung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds vom 19. Dezember 2006 (Nr. 22/2007)
Der Vereinbarung wird zugestimmt.
 - Bericht der Besonderen Landtagskommission betreffend die Abberufung zweier vom Landtag bestellter Verwaltungsräte des Liechtensteinischen Rundfunks
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Abgeltung von Leistungen der privatrechtlichen Arbeitnehmer-, Berufs-, Gewerbe- und Wirtschaftsvereinigungen (Nr. 24/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Gesundheit und beim Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (Nr. 25/2007); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; LGBl. 1989 Nr. 49), (Nr. 27/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Gesamtrevision des Jugendgesetzes vom 19. Dezember 1979 (JUG, LGBl. 1980 Nr. 38); neu: Kinder- und Jugendgesetz (KJG) sowie Abänderung des Strafgesetzbuches (Nr. 28/2007); 1. Lesung
Auf die Gesetzesvorlage wird nicht eingetreten.
 - Schaffung eines Ausführungsgesetzes und eines Beteiligungsgesetzes zur Europäischen Genossenschaft (Nr. 30/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird im Mai-Landtag behandelt.
 - Schaffung eines Gesetzes betreffend Übernahmeangebote (Übernahmegesetz; ÜBG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie Nr. 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote), (Nr. 31/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abschaffung der Wohnsitzerfordernisse für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit (Nr. 32/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsgesellschaften), (Nr. 34/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Totalrevision des Prospektgesetzes, die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes und die Abänderung des Gesetzes über Investmentunternehmen (Nr. 38/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes vom 25. Oktober 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung (Nr. 39/2007); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 23./24./25. Mai 2007**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24./25. Mai 2007
 - Erklärung des Rücktritts gemäss Art. 63 Abs. 2 und Art. 60 Abs. 2 Volksrechtgesetz der stellvertretenden Abgeordneten Ursula D. Oehry sowie Bestätigung der Wahlerklärung von Herrn Peter Kranz als stellvertretendes Mitglied des Landtages im Sinne von Art. 63 Abs. 2 und 3 Volksrechtgesetz (Vereidigung)
Der Rücktritt der stv. Abgeordneten Ursula D. Oehry wird zur Kenntnis genommen. Peter Kranz, Alemanenstrasse 15, 9485 Nendeln, wird als stv. Abgeordneter für gewählt erklärt und vereidigt.
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 14./15./16. März 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsrates beim Liechtensteinischen Rundfunk für die restliche Mandatsperiode (2004 bis 2008) infolge Ausscheidens von Frau Marion Kindle
Als neues Ersatzmitglied wird lic. iur. Jeannine Niedhart, Speckibünt 2, 9494 Schaan, gewählt.
 - Genehmigung eines Verpflichtungskredites zur Gewährung eines Landesbeitrags an die Anstalt «Liechtensteiner Rundfunk (LRF)» für den Betrieb von Radio Liechtenstein für die Jahre 2008 bis 2010 (Nr. 42/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Genehmigung von Ergänzungs- und Nachtragskrediten zu den im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft eingegangenen Finanzverpflichtungen (Nr. 43/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.

- Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007 bis 2013), (Nr. 44/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Jahresbericht 2006 der Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse (Nr. 40/2007)
Der Jahresbericht 2006 wird zur Kenntnis genommen, die Verwaltungskostenrechnung 2006 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Liechtensteinischen Bus Anstalt (LBA), (Nr. 41/2007)
Der Geschäftsbericht 2006 wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2006 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Jahresbericht 2006 der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein und Testat der Finanzkontrolle über die Prüfung 2006 der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)
Der Jahresbericht 2006 wird genehmigt.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 47/2007)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 werden zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2006 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 48/2007)
Die Jahresrechnung und der Jahresbericht 2006 werden genehmigt.
- Geschäftsbericht 2006 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 51/2007)
Der Geschäftsbericht 2006 wird zur Kenntnis genommen.
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
 - Mehrwertsteuer
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Naturheilkunde
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Landwirtschaft
- Anfrage der Abg. Andrea Matt:
 - internationales Fussball-Länderspiel
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
 - Telefondienstleistung in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - Amt für Motorfahrzeugkontrolle
- Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Familienförderung bzw. Elternberatung
 - Unterstützung von Gerichtspersonen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Kostenentwicklung in der Grundversicherung im Jahr 2006 in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Atemschutzmasken
- Anfragen der Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
 - Einspeisevergütung von Solarstrom
 - Anstellungspolitik bei der Schulsozialarbeit
- Anfrage des Abg. Henrik Caduff:
 - Situation in Tibet
- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und des Rechtshilfegesetzes (Nr. 2/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes betreffend den Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Energieausweisgesetz, EnAG), (Nr. 7/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; LGBl. 1989 Nr. 48), (Nr. 27/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abgeltung von Leistungen der privatrechtlichen Arbeitnehmer-, Berufs-, Gewerbe- und Wirtschaftsvereinigungen (Nr. 24/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abschaffung der Wohnsitzerfordernisse für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit (Nr. 32/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsgesellschaften), (Nr. 34/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Totalrevision des Prospektgesetzes, Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes und Abänderung des Gesetzes über Investmentunternehmen (Nr. 38/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Ausführungsgesetzes und eines Beteiligungsgesetzes zur Europäischen Genossenschaft (Nr. 30/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes sowie Schaffung eines Gesetzes betreffend die Kulturstiftung Liechtenstein (Nr. 46/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung der Strafprozessordnung, des Jugendgerichtsgesetzes und des Rechtshilfegesetzes (Reform der Untersuchungshaft), (Nr. 49/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Strafvollzugsgesetzes und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 50/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG), (Nr. 53/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Richterdienstgesetzes (RDG), (Nr. 54/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2007

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2007
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26./27. April 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
- Initiative betreffend Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, des Strafgesetzbuches und der Exekutionsordnung zur Einführung eines Schutzes vor «Stalking» der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 30. Januar 2007; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Postulat betreffend die Besserstellung der ambulanten Pflege und Betreuung, insbesondere der finanziellen Unterstützung der Pflege- und Betreuungsarbeit in den Familien der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 25. Mai 2007
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Anfragen der Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
 - Parkplatz-Situation in der Landesverwaltung
 - Standby-Leerlauf
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Erwerbseinkommen von Familien
 - Strasse Gagoz in Balzers
 - Flugreisen
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Diversion im Strafverfahren
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - Steuerrecht
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Verkehrsplanung Feldkirch-Süd
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Chancengleichheit für Behinderte
- Anfragen der Abg. Doris Beck:
 - Prämienverbilligung
 - Interview der Familienministerin
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
 - Vermittler- und Geschäftsprüfungskommissionswahlen
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Feuerbrand
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Osteopathie
 - Konsolidierungsvertrag LKW-LTN
- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
 - Feuerbrand
- Initiative betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 30. Mai 2007
Die Initiative wird an die Regierung überwiesen.
- Motion betreffend den Ausgleich der Folgen der Kalten Progression im Steuergesetz der Abgeordneten Doris

Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 30. Mai 2007

Die abgeänderte Motion wird an die Regierung überwiesen.

- Abänderung des Bankengesetzes sowie des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Finalitätsgesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Personen- und Gesellschaftsrechts, des EWR-Notifikationsgesetzes, des Vermögensverwaltungsgesetzes, des Gesetzes über Investmentunternehmen, der Strafprozessordnung, des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Mehrwertsteuergesetzes und des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Nr. 65/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die zusätzliche Beaufsichtigung von Unternehmen eines Finanzkonglomerats (Finanzkonglomeratsgesetz; FKG) sowie Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 76/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über das Mobilitätsmanagement des Landes (Nr. 73/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Rechenschaftsbericht 2006 (Nr. 45/2007)
Der Rechenschaftsbericht wird genehmigt und der Regierung, den Beamten und Angestellten der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
- Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2006 (Nr. 55/2007)
Die Landesrechnung wird genehmigt. Der ausgewiesene Ertragsüberschuss von CHF 367 625 654.65 wird wie folgt verwendet: CHF 365 866 000.00 Zuweisung an den Zukunftsfonds; CHF 1 759 654.65 Zuweisung an die Übrigen Mittel.
- Bericht über die Justizpflege 2006 des Landgerichtes und des Obergerichts sowie Kommentare des Obergerichtspräsidenten zu diesen Berichten (Nr. 74/2007)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 31. Dezember 2006), [Schreiben der Regierung vom 15. Mai 2007, RA 2007/1396-0102]
Die Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
- Wahl eines stellvertretenden Delegationsmitglieds in die EWR/EFTA-Parlamentarier-Delegation infolge des Austritts von Ursula D. Oehry
Als neues Ersatzmitglied der EWR/EFTA-Parlamentarier-Delegation wird der stv. Abg. Roland Büchel, Rütli 894, 9497 Triesenberg, gewählt.
- Finanzbeschluss für eine Quellenpublikation sowie Förderung von Forschungsprojekten zum Thema «Liechtenstein - 2. Weltkrieg» (Nr. 64/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Kran-

- kenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2008 (Nr. 66/2007)
Der Staatsbeitrag wird auf CHF 45 Mio. festgelegt.
- Finanzbeschluss zur Gewährung eines Investitionskostenbeitrages an die Liechtensteinische Gasversorgung zur Realisierung von treibhausgasmindernden Massnahmen im Verkehrs- und Umweltbereich (Nr. 67/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 68/2007)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 werden genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 69/2007)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 werden genehmigt, dem Antrag des Verwaltungsrates über die Gewinnverwendung wird zugestimmt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
 - Schaffung eines Gesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG), (Nr. 53/2006); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet. Der Schaffung einer 50%-Stelle beim Amt für Soziale Dienste wird zugestimmt.
 - Schaffung eines Ausführungsgesetzes und eines Beteiligungsgesetzes zur Europäischen Genossenschaft (Nr. 30/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
 - Schaffung eines Gesetzes betreffend Übernahmeangebote (Übernahmegesetz; ÜBG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie Nr. 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote), (Nr. 31/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 150/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen), (Nr. 63/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 151/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG), (Nr. 60/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Ziele und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik (Nr. 62/2007)
- Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens vom 19. Dezember 1996 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Direktversicherung (Nr. 75/2007)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Abänderung des Sachenrechts, des Gesetzes über das Internationale Privatrecht, der Konkursordnung und des Gesetzes betreffend den Nachlassvertrag (Umsetzung der Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten), (Nr. 71/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Umweltschutzgesetzes (USG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Beschwerdekommissionsgesetz; Abgeltungsgesetz; Direktzahlungsgesetz; Baugesetz; Gewässerschutzgesetz), (Nr. 77/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20./21. September 2007**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. September 2007
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24./25. Mai 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21./22. Juni 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Postulat über den Gesundheitsstandort Liechtenstein der Abgeordneten Franz Heeb, Josy Biedermann, Peter Lampert, Rudolf Lampert, Elmar Kindle, Markus Büchel, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser und Alois Beck vom 24. August 2007
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
 - Anfrage des Abg. Franz Heeb:
 - Strompreiserhöhungen
 - Anfragen des Abg. Peter Lampert:
 - grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr
 - Veränderungen in einem Unternehmen
 - EURO 2008
 - Rotfuchs
 - Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Existenzminimum und Steuer
 - Mobiles Liechtenstein
 - Deponiekonzept Unterland
 - Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
 - grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr
 - Anfrage der Abg. Doris Beck:
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Altersarmut in Liechtenstein

- Auswirkungen der US-Kreditkrise
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Auszeichnung von behindertenfreundlichen Betrieben und Einrichtungen
 - Evaluationsbericht zur schriftlichen Ergänzung zum Elterngespräch
 - Stiftungsrechtsreform
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Konsolidierungsvertrag LKW/LTN
 - Autobahnverbindung A13 und A14
 - 3. EU-Geldwäsche-Richtlinie
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Patientenzufriedenheit im Landesspital Vaduz
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Praxis bei Auslandsbesuchen betreffend die Übernahme der Kosten für Medienschaffende
- Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - Sammlung Batliner
 - künftiges Leistungskonzept-Angebot des Spitals Vaduz
 - digitales Radio
 - Überwachung aus der Luft
- Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Arbeitslosigkeit
- Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
 - Sammlung Batliner / Vermögenssteuer
- Postulatsbeantwortung betreffend Familienförderung (Nr. 85/2007)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.
- Motion betreffend den Ausgleich der Folgen der Kalten Progression im Steuergesetz der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 30. Mai 2007; Stellungnahme der Regierung (Nr. 95/2007)

Die Motion wird zur Kenntnis genommen und nicht abgeschrieben.
- Initiative betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 30. Mai 2007; Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2007)

Die Initiative wird in 1. Lesung behandelt.
- Interpellation betreffend häusliche Gewalt gegen Frauen der Abgeordneten Gebhard Negele und Renate Wohlwend vom 20. August 2007

Die Interpellation wird zur Beantwortung an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend die Zukunft des liechtensteinischen Landesspitals der Abgeordneten Peter Lampert, Rudolf Lampert, Josy Biedermann, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Alois Beck, Markus Büchel, Elmar Kindle, Wendelin Lampert und Klaus Wanger vom 24. August 2007

Die Interpellation wird zur Beantwortung an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend Einkommen, Existenzminimum und Armut der Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt vom 27. August 2007

Die Interpellation wird zur Beantwortung an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung betreffend Corporate Governance für Organisationen und Unternehmen im öffentlichen Sektor des Landes Liechtenstein (Nr.87/2007)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat wird abgeschrieben.
- Ersatzwahl eines Mitglieds der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten infolge Austritts von Dipl. Ing. Gerald Marxer für die restliche Mandatsperiode (bis 2009)

Als neues Mitglied wird Anton Banzer, Hainweg 3, 9495 Triesen, gewählt.
- Wahl einer Richterin sowie einer Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 13. Oktober 2007 bis 12. Oktober 2012

Als Richterin wird lic.iur. Marion Seeger, Lettgräbli 5, 9490 Vaduz, gewählt.

Als Ersatzrichterin wird Marie-Louise Stoffel-Büchel, Landstr. 143, 9491 Ruggell, gewählt.
- Wahl eines Richters sowie eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes für die Amtsdauer vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2012

Als Richter wird Prof. Dr. Heinz Schäffer, Grosse Neugasse 6/14, 1040 Wien, gewählt.

Als Ersatzrichter wird Prof. DDr. Christoph Grabenwarter, Universitätsstrasse 15/D3 und C3, 8010 Graz, gewählt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Beteiligung an Agrarmarketingmassnahmen (Nr. 90/2007)

Dem Finanzbeschluss in Höhe von CHF 800 000.00 wird zugestimmt.
- Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes sowie Schaffung eines Gesetzes betreffend die Kulturstiftung Liechtenstein (Nr. 46/2007); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung der Strafprozessordnung, des Jugendgerichtsgesetzes und des Rechtshilfegesetzes (Reform der Untersuchungshaft) (Nr. 49/2007); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Strafvollzugsgesetzes und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 50/2007); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Bankengesetzes sowie des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Finalitätsgesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Personen- und Gesellschaftsrechts, des EWR-Notifikationsgesetzes,

- des Vermögensverwaltungsgesetzes, des Gesetzes über Investmentunternehmen, der Strafprozessordnung, des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Mehrwertsteuergesetzes und des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Nr. 65/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Sachenrechts, des Gesetzes über das Internationale Privatrecht, der Konkursordnung und des Gesetzes betreffend den Nachlassvertrag (Umsetzung der Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten) (Nr. 71/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Schaffung eines Gesetzes über die zusätzliche Beaufsichtigung von Unternehmen eines Finanzkonglomerats (Finanzkonglomeratengesetz; FKG) sowie Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 76/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 87/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses [Verordnung (EG) Nr. 1781/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über die Übermittlung von Angaben zum Auftraggeber bei Geldtransfers] (Nr. 80/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 20/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 zur Änderung der Richtlinien des Rates 78/660/EWG über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, 83/349/EWG über den konsolidierten Abschluss, 86/635/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten und 91/674/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen) (Nr. 82/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum internationalen Übereinkommen für die Schaffung eines internationalen Seuchenamtes in Paris vom 25. Januar 1924 (Nr. 83/2007)
Dem Beitritt zum Übereinkommen wird zugestimmt.
 - Definitive Einführung von Schulsozialarbeit an den liechtensteinischen Schulen (Nr. 84/2007)
Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt.
 - Einbürgerung von Frau Azra DIZDAREVIC, geb. 11.08.1976 in Brcko/Bosnien-Herzegowina, wohnhaft in Tanzplatz 22, 9494 Schaan
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Einbürgerung von Herrn Sonam Wangdak MÖNKANGSAR, geb. 04.05.1960 in Lhasa/Tibet, seiner Ehefrau Digi Dolgar MÖNKANGSAR, geb. 03.05.1960 in Lhasa/Tibet, und deren Tochter Sonam Dolgar MÖNKANGSAR, geb. 01.01.1992 in Lhasa/Tibet, alle wohnhaft in Prafatell 9, 9496 Balzers
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Einbürgerung von Herrn Tsültim Dorjee MÖNKANGSAR, geb. 04.06.1985 in Lhasa/Tibet, wohnhaft in Prafatell 9, 9496 Balzers
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Einbürgerung von Herrn Tenzin Jimmy MÖNKANGSAR, geb. 14.05.1983 in Lhasa/Tibet, wohnhaft in Prafatell 9, 9496 Balzers
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Einbürgerung von Frau Gelsang Lhakdrön MÖNKANGSAR, geb. 15.10.1980 in Lhasa/Tibet, wohnhaft in Prafatell 9, 9496 Balzers
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Einbürgerung von Frau Tenzin Wangmo MÖNKANGSAR, geb. 30.04.1979 in Lhasa/Tibet, wohnhaft in Dorfstrasse 70, 9495 Triesen
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
 - Totalrevision des Gesetzes vom 11. März 1998 über die Anerkennung von Hochschuldiplomen und beruflichen Befähigungsnachweisen (Nr. 79/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen (Nr. 81/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Reform des Finanzzuweisungssystems vom Land zu den Gemeinden (Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze), (Nr. 86/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Tätigkeit von E-Geld-Instituten (E-Geldgesetz), (Nr. 88/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Gesetzes über die Milchmengenregelung (Milchmengenregelungsgesetz, MMRG) (Nr. 97/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Motion betreffend Bürgerrechtsgesetz der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 19. September 2007
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2007

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2007
- Initiative betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 30. Mai 2007; Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Petition betreffend Regelungen für gleichgeschlechtliche Paare von Amnesty International Liechtenstein vom 17. September 2007
Die Petition wird zur geeigneten Verfügung an die Regierung weitergeleitet.
- Motion betreffend eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare der Abgeordneten Paul Vogt, Pepo Frick und Andrea Matt vom 25. September 2007
Der Überweisung der Motion an die Regierung wird zugestimmt.
- Postulat über die Einführung einer Maximalzahl statt einer Mindestzahl an Garagen- und Abstellplätzen für Motorfahrzeuge der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 25. September 2007
Der Landtag spricht sich gegen eine Überweisung des Postulats an die Regierung aus.
- Anfrage der Abg. Andrea Matt:
 - Stiftung Image Liechtenstein
- Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Begabtenförderung an den Primarschulen
 - Gleichstellung in der Krankenversicherung für Studierende in der Schweiz
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
 - Spielbankengesetz in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
 - Erwerbsquote der Frauen
 - Chance Liechtenstein
 - Mähen am Rheindamm
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Übergriffe bei der Post in Schaan
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Berücksichtigung der Kostenbeteiligung der Versicherten für die Bruttokosten der OKP
- Anfrage des Abg. Paul Vogt:
 - Anschlüsse der Busse der LBA an die Züge in Sargans
- Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Provisorische Erschliessung und Parkplatzsituation am Schulzentrum Mühleholz
- Interpellation betreffend eine nachhaltige und zukunftsfähige liechtensteinische Wirtschaftspolitik der Abgeordneten Alois Beck, Markus Büchel, Klaus Wanger, Franz Heeb, Doris Frommelt, Josy Biedermann, Johannes Kaiser, Elmar Kindle, Rudolf Lampert, Wendelin Lampert und Peter Lampert vom 1. Oktober 2007
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Ersatzbestellung eines Ersatzmitgliedes beim Verwaltungsrat des Liechtensteinischen Rundfunks infolge Ausscheidens von lic.iur. Jeannine Niedhart für die restliche Mandatsperiode (bis 2008)
Das Traktandum wird auf den November-Landtag verlagert.
- Wahl einer Ersatzrichterin/eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes infolge Rücktritts von Dr. iur. Graziella Marok-Wachter für die restliche Amtsdauer (bis 31.12.2010)
Als Ersatzrichter wird lic.iur. Markus Wille, Torkelgass 12, 9494 Schaan, gewählt.
- Wahl eines Delegationsleiters in die EWR/EFTA-Parlamentarier-Delegation infolge des Rücktritts von Franz Heeb
Als Delegationsleiterin wird Renate Wohlwend, Schlossweg 2, 9488 Schellenberg, gewählt.
- Gewährung eines Landesbeitrages an die Geschäftsstelle der Internationalen Alpenschutzkommission CI-PRA (Nr. 99/2007)
Dem Finanzbeschluss wird mit einer Erhöhung der jährlichen Projektkosten auf maximal CHF 100 000.00 (Total CHF 600 000.00) zugestimmt.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 1 % der versicherten Besoldungen des Staatspersonals an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2007 (Nr. 100/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (III/2007), (Nr. 111/2007)
Dem Finanzbeschluss über die Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen wird zugestimmt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Verwaltungskostenvoranschlag 2008 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 105/2007)
Der Verwaltungskostenvoranschlag wird genehmigt.
- Schaffung eines Richterdienstgesetzes (RDG) (Nr. 54/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) (Nr. 53/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über das Mobilitätsmanagement des Landes (LMMG), (Nr. 73/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen (Nr. 81/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Reform des Finanzzuweisungssystems vom Land zu den Gemeinden (Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze), (Nr. 86/2007); 2. Lesung

- 24 | Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Tätigkeit von E-Geld-Instituten (E-Geldgesetz), (Nr. 88/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Schaffung eines Gesetzes über die Milchmengenregelung (Milchmengenregelungsgesetz, MMRG), (Nr. 97/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Übereinkommen über die Beteiligung von Bulgarien und Rumänien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 25. Juli 2007 (Nr. 104/2007)
Dem Antrag der Regierung und dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 49/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/89/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und von Infrastrukturinvestitionen), (Nr. 107/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 95/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2006/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 zur Änderung der Richtlinie 77/91/EWG des Rates in Bezug auf die Gründung von Aktiengesellschaften und die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals), (Nr. 108/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Massnahmenplan Luft (Nr. 103/2007)
Der Massnahmenplan wird zur Kenntnis genommen.
 - Aufhebung des Gesetzes vom 17. Oktober 2001 betreffend die historische Untersuchung zu infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in das Fürstentum Liechtenstein gelangten Vermögenswerten (Nr. 98/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Gesetzes über die vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut (Kulturgut-Immunitäts-Gesetz; KGIG), (Nr. 101/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Gesetzes über den Nichtrauchererschutz und Werbung für Tabakerzeugnisse (Tabakpräventionsgesetz; TPG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Mediengesetz; Beschwerdekommissionsgesetz), (Nr. 102/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Emissionshandelsgesetzes (EHG), (Nr. 106/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Totalrevision des Gesetzes vom 18. Dezember 1985 über das Gesundheitswesen (Sanitätsgesetz) (GesG; LGBl. 1986 Nr. 12) und Abänderung weiterer Gesetze (Ärztegesetz, Gesetz über die Krankenversicherung, Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung, Strafgesetzbuch und Gewerbegesetz), (Nr. 112/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Verabschiedung von Landtagssekretär-Stv. Gunilla Kranz
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 21./22./23. November 2007**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. November 2007
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. September 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Motion zur Umwandlung des Kinderfreibetrages in einen Abzug von der Steuerschuld der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 23. Oktober 2007
Der Überweisung der Motion an die Regierung wird zugestimmt.
 - Postulat betreffend Revitalisierungsmassnahmen von Binnengewässern in Liechtenstein der Abgeordneten Doris Beck, Heinz Vogt, Harry Quaderer, Ivo Klein, Jürgen Beck, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Gebhard Negele und Marlies Amann-Marxer vom 23. Oktober 2007
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend die Zukunft des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 123/2007)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Wahl des Verwaltungsrates des Liechtensteinischen Rundfunks
Für die Bestellung ab dem 17. Dezember 2007 für eine Mandatsdauer von vier Jahren (bis 16. Dezember 2011) sind gewählt:
Präsident: Clemens Latenser, Fürst-Franz-Josef-Strasse 90, 9490 Vaduz
Vizepräsident: Samuel Peter Ritter, Fallsgass 10, 9493 Mauren
Mitglied: Robert Büchel-Thalmaier, Klenn 26, 9488 Schellenberg
Ersatzmitglied: Diana Kind, Bühl 17, 9487 Gamprin.
 - Anfrage des Abg. Peter Lampert:
 - Weiterbildung an der Hochschule
 - Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - Erstellung eines Fahrwegs von Triesen nach Balzers entlang dem Rheindamm
 - Rundflüge der Rhein Helikopter AG
 - Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
 - CO₂-Abgabe
 - Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Landwirtschaftsgesetzvorlage
 - Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - finanzielle Kompetenzen der Regierungsmitglieder und Amtsleiter
 - ökologische Motorfahrzeugsteuer

- Geothermie und die energetische Nutzung von Grundwasser
- Umfrage «Sorgenbarometer»
- Beitritt zur Internationalen Walfangkommission
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
 - «selber bauen oder einmieten»
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Notfalldienst und Callcenter
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Abgabe für CO₂
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - EFTA-Verhandlungen mit Peru und Kolumbien
 - Lindenkreuzung Schaan
- Anfragen der Abg. Renate Wohlwend:
 - Behandlung des Antrags an die Regierung auf Änderung des Ehegatten-Erbrechts
 - Gruppe «Colorida» und die Abänderung der Antirassismusklausel
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Studie zur Vergleichbarkeit der publizierten Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Informations- und Kontaktstelle Alter (IBA)
- Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Frauenarbeitslosigkeit und die Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Auslosungsverfahren für Aufenthaltsbewilligungen für EWR-Bürger
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - CO₂-Abgabe und Klimarappen
 - Kosten von Vortragsreihen
- Finanzbeschluss betreffend die International School Rheintal (Nr. 124/2007)

Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Durchführung der 14. Europäischen Kleinstaatenspiele 2011 in Liechtenstein (Nr. 131/2007)

Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2007), (Nr. 133/2007)

Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Ausrichtung einer Subvention an die Errichtung des Pflegewohnheimes der Gemeinde Triesenberg (Nr. 135/2007)

Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Voranschlag 2008 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 118/2007)

Der Voranschlag 2008 wird genehmigt.
- Voranschlag 2008 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 125/2007)

Der Voranschlag 2008 wird genehmigt.
- Voranschlag 2008 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 126/2007)

Der Voranschlag 2008 wird genehmigt.
- Voranschlag 2008 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 134/2007)

Der Voranschlag 2008 wird genehmigt.
- Voranschlag 2008 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein

Der Voranschlag 2008 wird genehmigt.
- Mittelfristige Planung des Neubaus und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2008), (Nr. 127/2007)

Dem Verkehrsinfrastrukturbericht wird zugestimmt und der Finanzbeschluss wird genehmigt.
- Mittelfristige Planung staatlicher Bauten und Anlagen (nachgeführte Fassung 2007 des Hochbautenberichtes), (Nr. 136/2007)

Der aktualisierte Hochbautenbericht 2007 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat (Stellenplan 2007/2008), (Nr. 128/2007)

Der Schaffung von 10.80 Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat wird zugestimmt und die Zuweisung gemäss Stellenplan 2007/2008 wird zur Kenntnis genommen.

Zudem stimmt der Landtag dem Gesamtbestand von 749.30 ständigen Stellen und der Erhöhung bei den selbstständigen Stiftungen des öffentlichen Rechts auf 29.85 Stellen sowie der Erhöhung der Ausgleichsstellen auf 22.50 Stellen zu.
- Bestand und Bedarf an Stellen an den liechtensteinischen Schulen (Stellenplan 2008/2009), (Nr. 130/2007)

Die Schaffung von insgesamt 0.46 ständigen Stellen wird bewilligt. Der Abbau von 3.02 (Planzahl) nicht ständigen Stellen wird zur Kenntnis genommen.
- Generationenbilanz

Die Generationenbilanz wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht zur Finanzplanung 2008 - 2012 (Nr. 132/2007)

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2008 (Nr. 120/2007)

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2008 wird mit Änderungen genehmigt.

Das Finanzgesetz für das Jahr 2008 wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Aufhebung des Gesetzes vom 17. Oktober 2001 betreffend die historische Untersuchung zu infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in das Fürstentum Liechtenstein gelangten Vermögenswerten (Nr. 98/2007); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut (Kulturgut-Immunitäts-Gesetz; KGIG), (Nr. 101/2007); 2. Lesung

- Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Emissionshandelsgesetzes (EHG), (Nr. 106/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum erweiterten Teilabkommen des Europarats über Sport vom 11. Mai 2007 (Nr. 115/2007)
Dem Beitritt wird zugestimmt.
- Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, das Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und das Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg (Nr. 122/2007)
Dem Übereinkommen bzw. dem Antrag der Regierung wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 146/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft sowie Richtlinie 2004/101/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft im Sinne der projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls), (Nr. 137/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Erwachsenenbildung (Nr. 119/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Berufsbildungsgesetzes (Nr. 121/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Grundverkehrsgesetzes (GVG), (Nr. 129/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 12./13. Dezember 2007

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. Dezember 2007
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 2007
Das Protokoll wird genehmigt.
- Interpellation betreffend Landwirtschaft und Naturschutz der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 19. November 2007
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zum Mietrecht und zur aktuellen Situation der Mieter und Mieterinnen der Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt vom 19. November 2007
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Motion betreffend Finanzbeschluss zur Realisierung des zweiten Unterländer Schulzentrums (SZU II) der Abgeordneten Doris Beck, Jürgen Beck, Ivo Klein, Harry Qua-

- derer, Günther Kranz, Henrik Caduff, Arthur Brunhart, Heinz Vogt, Marlies Amann-Marxer und Gebhard Negele vom 19. November 2007
Der Überweisung der Motion an die Regierung wird nicht zugestimmt.
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
– Erhöhung der Krankenkassenprämien für das Jahr 2008
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
– Südumfahrung Feldkirch
– Amtshaftungsklagen
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
– CO₂-Ausstoss bei neu zugelassen PKWs
– US-Hypothekar-Krise
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
– unterschiedliche Berechnung des Existenzminimums
– Freispruch im Roxy Markt-Prozess
- Anfrage des Abg. Henrik Caduff:
– Versorgungskataster
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
– Standort der Realschule Schaan
- Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
– Schulpflicht
- Anfrage des Abg. Pepo Frick:
– Diskriminierung der Frau
- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
– Güterumschlagplatz beim Bahnhof in Nendeln
– Perspektive 11 eins
- Anfrage der Abg. Andrea Matt:
– Erteilung von Aufführungsbewilligungen
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
– Grund der Erhöhung der Krankenkassenprämien für das Jahr 2008
– Broschüre betreffend den nationalen Spitaltag vom 8. September 2007
– Kostenentwicklung in der Schweiz seit der Einführung von TARMED im Vergleich zur Kostenentwicklung in Liechtenstein im gleichen Zeitraum
- Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht (FMA) für die restliche Mandatsperiode vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2012
Als Präsident wird Dr. Wilhelm Ungerank, Grossfeld 20, 9492 Eschen, gewählt.
Als Vizepräsident wird Ralf Jehle, Tröxlegass 17, 9494 Schaan, gewählt.
- Postulat betreffend Einführung eines Kindermodells der Abgeordneten Doris Beck, Jürgen Beck, Ivo Klein, Harry Quaderer, Günther Kranz, Henrik Caduff, Arthur Brunhart, Heinz Vogt, Marlies Amann-Marxer und Gebhard Negele vom 19. November 2007
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsrates des Liechtensteinischen Rundfunks für die Mandatsperiode vom 17. Dezember 2007 bis 16. Dezember 2011
Als Ersatzmitglied wird Judith Oehri, Geisszipfelstrasse 38, 9491 Ruggell, gewählt.
- Errichtung eines Lagergebäudes für den Landesforstbe-

- trieb Unterau in Schaan (Nr. 142/2007)
Der Errichtung eines Lagergebäudes sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Ausrichtung von Subventionen für die Bereitstellung von Infrastruktur im Bereich des Sports (Nr. 144/2007)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Verkauf der Stockwerkeigentumseinheiten bei den Liegenschaften der Post Ruggell an die Gemeinde Ruggell und der Post Triesenberg an die Gemeinde Triesenberg (Nr. 149/2007)
Dem Verkauf der Stockwerkeigentumseinheiten sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2007), (Nr. 150/2007)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
 - Ausgleich der Folgen der Kalten Progression im Steuergesetz (Nr. 146/2007)
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung behandelt. Dem Antrag der Regierung (Punkt 1 bis 3) wird zugestimmt.
 - Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen (Schreiben der Regierung vom 20. November 2007, RA 2007/3085-0022)
Die Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellation wird zur Kenntnis genommen.
 - Totalrevision des Gesetzes vom 11. März 1998 über die Anerkennung von Hochschuldiplomen und beruflichen Befähigungsnachweisen (Nr. 79/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Schaffung eines Gesetzes über den Nichtrauchererschutz und Werbung für Tabakerzeugnisse (Tabakpräventionsgesetz; TPG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Medien-gesetz; Beschwerdekommisionengesetz), (Nr. 102/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Totalrevision des Gesetzes vom 18. Dezember 1985 über das Gesundheitswesen (Sanitätsgesetz), (GesG; LGBl. 1986 Nr. 12) und Abänderung weiterer Gesetze (Ärzte-gesetz, Gesetz über die Krankenversicherung, Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung, Strafgesetzbuch und Gewerbe-gesetz), (Nr. 112/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Erwachsenenbildung (Nr. 119/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Grundverkehrsgesetzes (GVG), (Nr. 129/2007); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 142/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parla-

- ments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen), (Nr. 138/2007)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes vom 24. November 1971 über die Krankenversicherung (KVG), LGBl. 1971 Nr. 50, (Nr. 139/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG), (Nr. 140/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Besoldungsgesetzes (Lehrerbesoldungsreform), (Nr. 145/2007); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Sachenrechts (SR), der Jurisdiktionsnorm (JN) und der Exekutionsordnung (EO), (Nr. 141/2007); 1. Lesung
Das Traktandum wird auf die Landtagssitzung im März 2008 vertagt.
- Wahl des Landesauschusses
Neben dem gemäss Verfassung dem Landesauschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Klaus Wanger werden gewählt:
Abg. Doris Beck
Abg. Pepo Frick
Abg. Rudolf Lampert
Abg. Heinz Vogt
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Schwerpunkte der Tätigkeit der Finanzkontrolle bilden die Umsetzung des Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle verfügt wie in den Vorjahren unverändert über 2.4 Stellen.

Mit diesen geringen Personalressourcen die ständig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und den steigenden Kontrollbedürfnissen Rechnung zu tragen, stellt die Finanzkontrolle vor immer grössere Herausforderungen.

Der erfolgreiche Ausbildungsabschluss des Revisors der Finanzkontrolle zum eidg.dipl. Wirtschaftsprüfer ist für die Finanzkontrolle von hohem Nutzen.

Gesetzlicher Auftrag

Als ständiges Organ der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle sowohl vorrangig den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung, unter Einschluss der Justizverwaltung, als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle gemäss Finanzhaushaltsgesetz beinhalten die Umsetzung des von der Geschäftsprüfungskommission genehmigten Revisionsprogramms, die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen sowie Tätigkeiten im Bereich der internen Finanzaufsicht.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig aus.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm

Das von der Finanzkontrolle erstellte, von der Geschäftsprüfungskommission genehmigte und von der Regierung zur Kenntnis genommene Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle rechnungslegende Dienststellen, selbständige und unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, Amtsstellen sowie einzelne Positionen der Landesrechnung. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden einer Informatik-Revision durch eine in diesem Bereich spezialisierte externe Prüfungsgesellschaft unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird. Die Finanzkontrolle koordiniert diese Informatik-Revisionen und begleitet die Prüfungen aus revisionstechnischer Sicht.

Interne Finanzaufsicht

Im Bereich der internen Finanzaufsicht nimmt die Finanzkontrolle Rechnungskontrollen vor, verifiziert Bau-

abrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle informiert an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Notwendige Massnahmen werden diskutiert und im Einvernehmen mit der Kommission veranlasst.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie Entwicklungen im öffentlichen Revisionsbereich mitgestaltet.

Zukunft

Eine eigene gesetzliche Grundlage sowie Massnahmen zur Stärkung der Finanzkontrolle sind in Diskussion.